

Landesarbeitsgemeinschaft  
der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege  
in Baden-Württemberg

---

# Impulse zur Landtagswahl 2021

Ein Positionspapier der LAGÖFW  
22. Oktober 2020

- Mitglieder: Kommunale Träger der Sozialhilfe und Jugendhilfe  
Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
1. Vorsitzender: Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender Diakonisches Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart  
Tel.: +49 711 1656-269 E-Mail: kaufmann.d@diakonie-wue.de
2. Vorsitzende: Kristin Schwarz, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Lindenspürstraße 39, 70176 Stuttgart Tel.: +49 711 6375-200 E-Mail:  
Kristin.Schwarz@kvjs.de
- Geschäftsführung: Anna-Maria Hahn, Diakonisches Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart  
Tel.: +49 711 1656-110 Fax: +49 711 165649-110 E-Mail: hahn.a@diakonie-wuerttemberg.de

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und der Freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg (LAGÖFW) ist ein Zusammenschluss der Träger der öffentlichen Sozial- und Jugendhilfe bzw. ihre Spitzenverbände sowie der in der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg zusammengeschlossenen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg und der Kommunalen Landesverbände in Baden-Württemberg.

## **Die Bedeutung sozialer Arbeit**

Soziale Arbeit ist wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge. Sie erfüllt den gesetzlichen Auftrag, unser Land sozial auszugestalten. Sie trägt wesentlich dazu bei, dass durch den sozialen Frieden in Baden-Württemberg eine soziale Marktwirtschaft leistungsfähig ist und bleiben kann.

Die neu wahrgenommene Bedeutung der sozialen Arbeit für die Gemeinschaft und die sich daraus ergebende Wertschätzung einer gut funktionierenden sozialen Arbeit in Baden-Württemberg bedarf der kontinuierlichen politischen Unterstützung durch eine nachhaltige Sozialpolitik. Soziale Arbeit muss stärkere Anerkennung bekommen. Die soziale Arbeit bedarf der Solidarität aller gesellschaftlichen Kräfte.

Die LAGÖFW tritt für die Stärkung der sozialen Arbeit in Politik und Gesellschaft ein. Dazu bedarf es politischer Unterstützung. Politische Verantwortung im Feld der Sozialpolitik muss Teilhabemöglichkeiten für alle stärken, nachhaltige Strukturen in allen Feldern sozialer Arbeit schaffen, auskömmlich finanzieren und die Möglichkeit einer angemessenen Personalausstattung schaffen.

Die LAGÖFW setzt sich für Inklusion und Teilhabe ein, damit das Zusammenleben von verschiedenen Menschen gelingt und alle dieselben Möglichkeiten haben teilzunehmen und mitzugestalten.

Die LAGÖFW engagiert sich auch in der Gemeinwesen- und Quartiersarbeit und setzt sich für Wohnraum für alle ein.

## **Fachkräfte**

Die Gewinnung von Fachkräften für die soziale Arbeit in Baden-Württemberg ist dringlich. Der Fachkräftebedarf wird in einigen Feldern deutlich steigen. Der schon vorhandene Mangel wird durch seitherige Maßnahmen nicht verringert.

Der Ausbau der Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in Fachschulen, Hochschulen und Universitäten muss in diesen Berufsfeldern stärker als bisher gefördert werden. Dazu bedarf es neben ausreichenden Ausbildungs- und Studienkapazitäten an den Fach- und Hochschulen auch einer Stärkung der Anerkennung sozialer Berufe sowie einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Es bedarf einer konzertierten Aktion zur Fachkräftesicherung aller beteiligten Akteure in Baden-Württemberg.

Die LAGÖFW tritt für einen deutlichen Ausbau der Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten für soziale Berufe in Baden-Württemberg ein. Außerdem steht sie für die Stärkung vorhandener und die Entwicklung neuer Wege fairer Arbeits- und Ausbildungsmigration.

## **Subsidiarität**

Das Zusammenwirken von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg hat zu einem gut entwickelten sozialen Hilfesystem in Baden-Württemberg geführt. Das Gelingen beruht auf einem gut gestalteten subsidiären System, in dem die jeweiligen Aufgaben ausbalanciert sind. Neben der öffentlichen kommt dabei der gemeinnützigen freien Wohlfahrtspflege besondere Bedeutung zu.

Die Koordinierung auf Landesebene ist gerade auf dem Hintergrund sozialgesetzlicher Entwicklungen zu Stärkung der ambulanten Versorgung, der Subjektorientierung und der Weiterentwicklung von Teilhabestrukturen ein wichtiger Faktor für das gute Zusammenwirken im Miteinander von Leistungsberechtigten, Leistungsträgern und sozialer Infrastrukturen. Im System subsidiärer Organisation der sozialen Leistungen haben Träger der freien Wohlfahrtspflege einen wesentlichen Anteil. Die von ihnen übernommenen sozialen Dienste im Rahmen der Regularien der Gemeinnützigkeit tragen zu einer verantwortlichen Finanzierung unseres Sozialsystems bei. Zugleich stellt die kommunale Seite die grundlegende Finanzierung der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg in den unterschiedlichsten Bereichen sicher, insbesondere der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, der Pflege sowie für Kinder und Jugendliche in vielfältiger Weise.

Die LAGÖFW tritt ein für die im Sinne der Subsidiarität gestaltete soziale Arbeit in Baden-Württemberg. Gerade durch die Übernahme sozialer Aufgaben durch frei gemeinnützige Träger wird ein verlässliches Sozialsystem im Land gestaltet. Hier nehmen Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege und bürgerlich Engagierte Verantwortung wahr und leisten einen wesentlichen Beitrag zu einem hochwertigen Sozialsystem in Baden-Württemberg.

## **Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme und die Gesellschaft**

Auch in Baden-Württemberg steht in den nächsten Dekaden ein tiefgreifender demografischer Wandel bevor. Diese hat massive Auswirkungen auf die Bearbeitung der Fragen, wie im Land damit umgegangen wird.

Eine geringe Geburtenrate und eine steigende Lebenserwartung tragen zu einer weiter alternden Bevölkerung bei. Gleichzeitig schrumpft der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung. Dies stellt die sozialen Sicherungssystemen vor große Herausforderungen. So stehen zum Beispiel in der Pflege die Pflegebedürftigen und deren Angehörige, wie auch die Kommunen und Leistungserbringer, vor großen Anforderungen. Altersarmut, die Finanzierung und Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme sind weitere gesellschaftliche Themen. Aber auch auf Landesebene sind Maßnahmen zu ergreifen, um den demografischen, finanziellen und personellen Herausforderungen zu begegnen.